Stand: 18.12.2025 06:42:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17791

"Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/17791 vom 14.07.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19485 des SO vom 05.12.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/20398 vom 25.01.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

14.07.2017 Drucksache 17/17791

Antrag

der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD

Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Wege einer Bundesratsinitiative für die Ausweitung der Betriebsratszuständigkeit auf Fremdbeschäftigte sowie für die übergangsweise Fortgeltung der ursprünglichen Tarifverträge bei Betriebsübergängen, wenn der Betriebserwerber keiner eigenen Tarifbindung unterliegt, einzusetzen.

Begründung:

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland wird immer flexibler, ohne dass die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen mit dieser Entwicklung auch nur ansatzweise Schritt halten könnten.

Vielfach werden betriebsinterne Handlungsabläufe durch Arbeitnehmer externer Unternehmen verrichtet, um Kosten zu sparen und "Synergien zu nutzen". Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Fremdfirmen sind dabei überwiegend schlechter, als die der Stammbelegschaft. Dem kann im Sinne der betrieblichen Mitbestimmung nur sinnvoll begegnet werden, indem sich die Zuständigkeit des Betriebsrats zukünftig auch auf die Arbeitsbedingungen der Fremdbeschäftigten erstreckt und zudem Regelungen analog zur Änderung im Bereich der Leiharbeit verabschiedet werden, die lediglich den zeitlich klar begrenzten Einsatz von Fremdbeschäftigten zulassen.

Darüber hinaus stellt es sich derzeit so dar, dass dann, wenn ein Betrieb oder Betriebsteil eines tarifgebundenen Arbeitgebers durch Verkauf oder Umwandlung an einen nicht tarifgebundenen Erwerber übergeht, vielfach ein Arbeitnehmerrechtsvakuum entsteht. Dem kann nur wirksam entgegengetreten werden, wenn für die übergehenden Arbeitsverhältnisse eine mindestens einjährige Fortgeltung des ursprünglichen Tarifvertrags gesetzlich festgeschrieben wird.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/19485 05.12.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD

Drs. 17/17791

Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Angelika Weikert Mitberichterstatter: Steffen Vogel

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 26. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.01.2018 Drucksache 17/20398

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD Drs. 17/17791, 17/19485

Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung.

Das ist der Antrag der SPD betreffend "Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbe-

ziehungen - Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!" auf Drucksa-

che 17/17180, der auf Wunsch der Fraktion gesondert beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden

ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine.

Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
 Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen! Drs. 17/17180, 17/19745 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD) Ländlichen Raum stärken – LEADER-Kürzung zurücknehmen Drs. 17/17304, 17/19591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	团		A

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln Drs. 17/17480, 17/19601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 I: Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis Drs. 17/17790, 17/19484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
 Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung Drs. 17/17791, 17/19485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl Drs. 17/17792, 17/19486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld Drs. 17/17793, 17/19487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	A

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 V: Teamzeit als reguläre Arbeitszeit Drs. 17/17794, 17/19488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	A

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 VI: Berufliche Weiterbildung stärker fokussieren Drs. 17/17795, 17/19489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD Bayerisches Polizei-Logistikzentrum: Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten Drs. 17/18367, 17/19585 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen! Drs. 17/18684, 17/19586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u. a. SPD Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen Drs. 17/18222, 17/19475

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären